

Ressort: Politik

De Maizière: An Detailfragen zu Generationenschnitt wird gearbeitet

Berlin, 20.04.2017, 20:30 Uhr

GDN - Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat sich erneut für einen Generationenschnitt bei der geltenden Doppelstaats-Regelung ausgesprochen: Es werde bereits an den noch zu lösenden "Detailfragen" gearbeitet, sagte der Minister dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Unabhängig vom Ausgang des jüngsten Verfassungsreferendums in der Türkei und vom Wahlverhalten der Doppelstaatler in Deutschland müsse "die doppelte Staatsangehörigkeit auch zukünftig die Ausnahme bleiben" und dürfe nicht "über Generationen nach und nach zum Regelfall werden".

Als eine der Konsequenzen aus dem Abstimmungsverhalten der Deutschtürken in der Bundesrepublik beim türkischen Verfassungsreferendum stellen Unionspolitiker erneut die seit 2014 geltende Rechtslage infrage, nach der in Deutschland geborene Kinder von Ausländern in der Regel zwei Pässe behalten dürfen. Entsprechend hatte auch die CDU auf ihrem letzten Parteitag entschieden, während die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende davor warnte, einen Wahlkampf über den Doppelpass zu führen. "Selbstverständlich geht unser geltendes Recht davon aus, dass jeder, der Deutscher werden will, dafür grundsätzlich seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit abgeben muss", sagte de Maizière dazu. Das sei auch deshalb richtig, weil Loyalität und ein echtes Zugehörigkeitsgefühl "nicht beliebig teilbar" seien. "Und das muss auch in Zukunft so bleiben", so der Innenminister. "Ich finde es daher richtig, dass spätestens die zweite Generation nur noch die deutsche Staatsangehörigkeit erhält." Für dieses Modell eines Generationenschnitts sollte sich die CDU "in den nächsten Koalitionsverhandlungen einsetzen". Im Übrigen bedauere er sehr, dass offensichtlich so viele in Deutschland lebende Türken und Deutsch-Türken, die hier jeden Tag von unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung profitierten, "für ein autoritäres System gestimmt" hätten, so de Maizière. Anders als die Menschen in der Türkei hätten die Menschen in Deutschland die Möglichkeit, sich umfassend über die Inhalte des Referendums vor allem aber auch über die Situation in der Türkei, wo Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt und Oppositionelle eingesperrt würden, zu informieren. "Ich hätte mir gewünscht, dass die Menschen hiervon Gebrauch gemacht und daraus die richtigen Schlüsse gezogen hätten", meinte der CDU-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88288/de-maizire-an-detailfragen-zu-generationenschnitt-wird-gearbeitet.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com